

Die „Sächsische Selbstzeitung“ erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Die Ausgabe des Blattes erfolgt tags vorher nachm. 5 Uhr. Abonnements-Preis vierteljährlich 2.— M., monatlich 1.40 M., 1 monatlich 70 Pf. Durch die Post vierteljährlich 2.10 M. (ohne Bestellgeld). Einzelne Nummern 12 Pf. Alle Kaiserlich. Postanstalten, Postboten, sowie die Zeitungsträger nehmen stets Bestellungen auf die „Sächsische Selbstzeitung“ an. Tägliche Roman-Beilage: „Unterhaltungsblatt“.

Sächsische Selbstzeitung.

Amtsblatt

für das Königliche Amtsgericht, das Königliche Hauptzollamt und den Stadtrat zu Schandau, sowie für den Stadtgemeinderat zu Hohlfeld.

Teil-Nr.: Selbstzeitung

Anzeigen, bei der weiten Verbreitung d. Bl. von großer Wirkung, sind Montag, Mittwoch und Freitag bis spätestens vormittags 9 Uhr anzugeben. Lokalpreis für die 5 gespaltene Zeilen ober deren Raum 15 Pf., bei auswärtigen Inseraten 20 Pf. (tabellarische und komplizierte Anzeigen nach Vereinbarung).

„Eingeladene“ und „Reklams“ 60 Pf. die Zeile.

Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt.

Tägliche Roman-Beilage „Unterhaltungsblatt“.

Zeitung für die Landgemeinden: Altendorf, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mitteldorf, Ostau, Porstsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardttsdorf, Schmilka, Schöna, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsisch-Böhmischen Schweiz.

Im Falle höherer Gewalt (Feind oder sonstiger ungewöhnlicher Störungen des Betriebes der Zeitung, der Lieferanten oder der Verlegerungs-Einrichtungen) hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Inseraten-Annahmestellen: In Bad Schandau: Geschäftsstelle Hauptstraße 134; in Dresden und Leipzig: die Annoncen-Bureau von Haasenstein & Vogler, Jnnalibank und Rudolf Mosse; in Frankfurt a. M.: H. E. Daube & Co.

Nr. 17

Bad Schandau, Donnerstag, den 7. Februar 1918

62. Jahrgang.

Amtlicher Teil

Bergroößerung der Kartoffelanbaufläche.

Landwirte, die in diesem Jahre eine größere Fläche mit Kartoffeln anzubauen beabsichtigen, als sie im Jahre 1917 angebaut haben, bedürfen hierzu der Genehmigung des Bezirksverbandes.

Die Anträge, in denen die in Aussicht genommene Anbaufläche angegeben ist, sind, soweit noch nicht geschehen, bis zum 15. Februar d. J.

Schriftlich bei der Königlichen Amtshauptmannschaft einzureichen. Aus dem Antrag muß weiter hervorgehen, ob die für die Erweiterung erforderlichen Saatkartoffeln aus den Mengen entnommen werden sollen, die der Landwirt verpflichtet ist, dem Bezirksverband sicherzustellen, oder ob Zuzufuhrung frischen Saatgutes gewünscht wird.

Den Anträgen auf Freigabe von Saatgut aus eigenen Beständen kann nur dann entsprochen werden, wenn sich die Kartoffeln nach dem von der Amtshauptmannschaft eingeholenden Sachverständigenurteil zu Saatzwecken tatsächlich eignen. Weiter kann solchen Anträgen nur entsprochen werden, wenn sie bis zu dem obengenannten Tage hier eingehen.

Pirna, den 30. Januar 1918.

Für den Bezirksverband: Königliche Amtshauptmannschaft.

65 K. M. III. Von der Landesstelle für Gemüse und Obst ist für den Bezirk der Amtshauptmannschaft Pirna die Firma Scheffler, Sleg & Co. in Dresden-N., Moselnskystr. 2 (Sprechzettel 13009 und 13010) zum Leiter der Rübenaufkaufstelle gemäß Verordnung des Kgl. Ministeriums des Innern vom 28. Dez. 1917 ernannt worden. Pirna, den 30. Januar 1918.

Für den Bezirksverband: Königl. Amtshauptmannschaft.

Der durch Ministerialverordnung vom 26. 1. 1918 — Nr. 22 der Sächs. Staatszeitung vom 26. 1. 1918 — unter 1 für Futterrüben festgesetzte Höchstpreis wird aufgehoben.

Futterrüben unterliegen künftig den durch die genannte Verordnung für Runkelrüben festgesetzten Höchstpreisen.

Dresden, am 2. Februar 1918.

Ministerium des Innern.

153b II BVIII a
496

Lebensmittel betr.

Donnerstag, den 7. Februar:

Butter — bei Klemm — die Lebensmittelkarten von Nr. 1201 bis Ende werden auf Marke Nr. 30 mit 1/2 Pfund beliefert. Fettmarke C vom Januar ist abzugeben. Preis M. 3.12 das Pfund.

Schandau, am 6. Februar 1918.

Der Stadtrat.

Fortsetzung des amtlichen Teiles in der Beilage.

Nichtamtlicher Teil

Nach dem Streik.

Aus Berlin wird uns geschrieben: Eine Kraftprobe war es und sollte es sein, und sie ist von den Arbeitern verloren worden. Die durch den Belagerungszustand herbeigeführte Verkürzung des Besammlungsrechts wollten sie beseitigt sehen, und der erste Erfolg der Ausstandsbewegung bestand darin, daß auch keine spärlichen Reste durch den Oberbefehlshaber in der Marken sofort aufgehoben wurden. Das Ende des Krieges sollte beschleunigt werden, und der Erfolg ist, daß allenthalben in den Ländern unserer Feinde Jubel und Frohlocken herrscht, daß es nun unfehlbar abwärts mit uns gehe und daß wir den Frühjahrsstürmen dieses Jahres nicht mehr gewachsen sein würden. Die weitere „Verschiebung“ der preussischen Wahlreform sollte von der Regierung verhindert werden, und der Erfolg ist, daß die Frage aufgeworfen wird, wie es denn mit der politischen Reife eines Volkes stehe, das in der Stunde der Gefahr nicht zusammenhält, sondern die eigene Landesverteidigung aufs Spiel setzt. Der Belagerungszustand sollte aufgehoben werden; statt dessen haben wir die Standgerichte bekommen. Eine Amnestie zugunsten der politischen „Martyrer“ erlassen werden; statt dessen ist jetzt auch der Reichstagsabgeordnete Dittmann vor Gericht gewandert. Kurz, wohin man auch blickt: überall ist das gerade Gegenteil dessen eingetreten, was die Streikenden erstrebt haben. Hinzugekommen ist eine schwere Erhöhung der Beziehungen zwischen der politischen Vertretung der deutschen Arbeiter und den übrigen Parteien sowie der Regierung, und unentschieden ist noch, ob nicht dem Reichstag eine Militarisierung der für Heer und Flotte arbeitenden Betriebe vorgeschlagen werden wird, ganz nach dem Beispiel Englands, das bald nach Kriegsbeginn sich durch das berühmte Munitionsgesetz gegen jede Streikgefahr sicherte, indem alle Arbeiter und Fabriken unter Staatsaufsicht gestellt wurden. Das Unterhaus nahm damals das Gesetz sofort in allen drei Lesungen an. Der Reichstag würde wahrscheinlich seiner Gewohnheit gemäß, ein langsameres Verfahren einschlagen, aber zweifellos doch zu dem gleichen Ergebnis gelangen, wenn Graf Hertling erklären sollte, nach den gemachten Erfahrungen die Verantwortung für die Aufrechterhaltung unserer Verteidigungsfähigkeit nur bei einer erheblichen Erweiterung der Regierungsbefugnisse tragen zu können. So würde die Streikbilanz für die Arbeiter mit einem beträchtlichen Fehlbetrag abschließen, und ihnen selbst wird es mittlerweile wohl schon klar geworden sein, daß sie über beraten waren, als sie sich in den Streik hineintreiben ließen.

Wer war es aber, der sie so übel beriet? Die sozialdemokratische Parteileitung bestreitet, daß sie zu den Anführern der Bewegung gehört habe, und wenn man sie auf die Reichstagsreden der Ebert und Scheidemann verweist, die mehr und mehr mit der Aufregtheit der Massen und ihren unausbleiblichen Ekstasisausbrüchen

tür den Fall, daß die Regierung nicht restlos nach den Forderungen der Arbeiter verfähre, operierten, und auf die Leitartikel des Vorwärts, die nach dem gleichen Rezept verfaßt waren, so erhält man zur Antwort, daß damit nur dem tatsächlichen Stande der Dinge Rechnung getragen wurde. Eine Behauptung, über die sich streiten läßt. Unbestritten aber ist und bleibt, daß von dieser Seite jedenfalls nichts zur Verhütung der Gemüter getan wurde, was namentlich nach der gründlichen Aussprache zwischen Reichstagsauschuss und Regierung wohl hätte geschehen können. Deutlicher ist schon die Mitschuld der Unabhängigen an der Ausstandsbewegung in die Erscheinung getreten; ihre Reichstagsfraktion setzte einen Aufruf in Umlauf, dessen Inhalt gar nicht mißzuverstehen war, und nachdem man gehört hat, daß Herr Ledebour sich mit Händen und Füßen gegen die Zuziehung von Scheidemann und Genossen in den Streikausschuss zur Wehr setzte, weiß jeder, der diese sehr unüberlicklichen Parteiverhältnisse auch nur von ferne kennt, genügend Bescheid. Und was noch weiter nach links steht, jenseits von Saase, und sich nur mit namenlosen Rundgebungen an die Öffentlichkeit wagt, darf ganz gewiß für den Ausbruch des Streiks erst recht mitverantwortlich gemacht werden. Die Arbeiter werden gut daran tun, sich die „ihre Vorkämpfer in Zukunft doch etwas genauer anzusehen. Sie sind diesmal von ihnen so schlecht wie nur möglich, geführt worden, und sie sollten ihnen nicht Gelegenheit geben, sich noch einmal vor ihrer Gefolgschaft in gleicher Weise bloßzustellen.

Wenn man lediglich auf die Lebensinteressen der deutschen Arbeiter sieht, muß man den Ausstand schlechthin als unverständlich bezeichnen. Sollte er aber wirklich ein Teil jener internationalen Aktion darstellen, von der sich gewisse Schwärmer einzig und allein die baldige Beendigung des Krieges versprechen mögen, so wird kein klüglicher Verlauf hoffentlich dazu beitragen, diese Elemente, wenigstens soweit sie guten Glaubens sind, von ihrer Überhöhung der Macht der Arbeiterklasse zurückzubringen. In Deutschland sind ihr immer noch bestimmte Grenzen gezogen, denn wir leben in einem Verfassungsstaat, der keine einseitige Klassenherrschaft zuläßt, der eine Volksvertretung kennt, die sich durch keine Massenbewegung beiseiteschieben läßt, und der immer noch stark genug ist, um jeden Bürger und jede Partei zur Befolgung seiner Gesetze zu zwingen. Darin unterscheiden wir uns von manchem Nachbarstaate, und wer es gut meint mit dem deutschen Volke, kann nur wünschen, daß diese Bewandereit des deutschen Staatswesens uns dauernd erhalten bleibt.

Wiederaufnahme der Arbeit in Berlin.

Die Streiklage in Berlin hat sich, wie von selbständiger Seite mitgeteilt wird, Montag, wie zu erwarten war, verbessert. Es blieben am hunderttausend Ausständige der Arbeit wieder ungenutzbar. Inzwischen haben sich die Streikenden, die bisher Streik nicht nur an sich unseren Betrieben von Nutzen, sondern direkt von den

Entente, Rußland eingeschlossen, angesettelt ist. In Papierballen und Sardinienbüchsen, die aus dem Ausland gekommen sind, hat man eine große Anzahl von Aufrufen beschlagnahmt, die an den systematischen Versuchen der Gegner, die deutsche Arbeiterkraft zu revolutionieren, keinen Zweifel mehr lassen.

Auch in München Frieden.

Einigungsverhandlungen, die nach Mitteilung von B.L.V. in München zwischen den von der unabhängigen sozialdemokratischen Partei geführten Ausständigen und der sozialdemokratischen Partei angebahnt wurden, waren von Erfolg begleitet. In einer Sonnabend abend im Gewerkschaftshaus abgehaltenen Sitzung erklärten die Streikführer unter dem Druck der Verhältnisse, sich der Aktion der sozialdemokratischen Partei anzuschließen zu wollen. Damit war die Wiederaufnahme der Arbeit in allen Münchener Betrieben am Montag früh gesichert. Die Streikbewegung in München hat also nach vier-tägiger Dauer ihren Abschluß gefunden. Störungen der öffentlichen Ruhe waren im Verlaufe der Bewegung nicht zu verzeichnen.

Die Antwort der Westmächte.

Fortsetzung des Krieges.

Nach einer Londoner amtlichen Meldung ist der Kriegsrat der Westmächte, der vom 30. Januar bis 2. Februar in Versailles tagte, zu der Überzeugung gekommen, daß die Neben der Staatsmänner der Westmächte keine Annäherung an die Bedingungen des Verbundes erkennen lassen. Dann heißt es weiter:

Unter diesen Umständen hat der Oberste Kriegsrat den Schluß gezogen, daß die einzige unmittelbare Aufgabe, die ihm obliegt, in der Fortsetzung des Krieges besteht, und zwar in dessen Fortsetzung mit der äußersten Energie und unter intensivem Zusammenwirken der militärischen Anstrengungen der Verbündeten bis zu dem Zeitpunkt, wo der Druck ihrer Anstrengungen bei den feindlichen Regierungen und Staaten eine andere Gesinnung hervorgerufen haben wird.

Die Antwort wird niemanden überraschen. Krieg bis zum Aussehen: Das ist die Lösung unserer Feinde, Krieg bis wir auf die „gemäßigten“ Bedingungen eingehen, die unsere Feinde aufgestellt haben. Die Antwort der Westmächte auf die entgegenkommende Rede des Staatsmannes der Mittelmächte ist — rund herausgesagt — eine neue Kriegserklärung.

Der Funkpruch Paris vom 2. Februar meldet: In der letzten Nacht bewarnt französische Flieger die Strandplätze der beim Angriff auf Paris beteiligten deutschen Flieger mit Bomben großen Kalibers. Es waren gute Resultate zu verzeichnen. Alle französischen Apparate sind zurückgeblieben. Diese Meldung ist glatt erlogen. Der Bombenanschlag hat nicht stattgefunden.